

Herausforderungen durch Massenvernichtungswaffen im 21. Jahrhundert

Berliner Colloquium 2010 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik



General Carl von Clausewitz
1780–1831

Wolfgang Fett/
Werner Baach

Unter dem Thema: »Herausforderungen durch Massenvernichtungswaffen im 21. Jahrhundert« beschäftigten sich die Clausewitz-Gesellschaft und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik in ihrem Berliner Colloquium 2010 mit der Frage, welche Rolle Massenvernichtungswaffen heute und in Zukunft spielen. Die Präsidenten der beiden Organisationen, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen und Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, begrüßten zu der international hochrangig besetzten Veranstaltung über 300 Teilnehmer im Historischen Saal der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

In seinem einleitenden Vortrag: »Das Ausschalten nuklearer Bedrohungen – eine praktische Agenda für global handelnde Politik« erläuterte Glyn Davies, Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien, die Ziele der Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten. »Präsident Obama will nukleare Stabilität auf einem niedrigeren Level erreichen, und er ist fest entschlossen, eine Welt letztlich ganz ohne Nuklearwaffen anzustreben«, so Davies.

Risiken würde man dabei aber nicht eingehen. Um die nationale Sicherheit auch mit weniger oder sogar ganz ohne Kernwaffen gewährleisten zu können, würden die Vereinigten Staaten neue, nicht-nukleare Waffensysteme entwickeln lassen und die konventionellen Streitkräfte so verstärken, dass nicht nur die Verteidigung der eigenen Nation, sondern auch die der Verbündeten sichergestellt werden könne. Ein neuer atomarer Wettlauf der Supermächte werde immer unwahrscheinlicher, so Davies. Die Welt sehe sich vor andere Herausforderungen gestellt wie dem Problem der Proliferation und der Bedrohung durch den nuklearen Terrorismus. Diese Bedrohungen machten neue Ansätze und Strategien erforderlich. Zunächst müsse die Verbreitung von Atomwaffen gestoppt und der Sicherung der vorhandenen Systeme höchste Priorität eingeräumt werden. Insbesondere müssten auch jene Staaten und Kräfte abgeschreckt werden, die bereit seien, die Entwicklung von Kernwaffen zu finanzieren oder nukleares Material an Terroristen weiterzugeben. Dem Nichtverbreitungsvertrag komme hierbei eine zentrale Bedeutung zu.

Davies stellte auch noch einmal die drei Säulen der Politik Präsident Obamas heraus: Nationen mit Atomwaffen müssten sich zur Abrüstung entschließen, Nationen ohne Atomwaffen auf diese Waffen verzichten, gleichzeitig müsse aber das unveräußerliche Recht aller Nationen auf friedliche Nutzung der Kernenergie anerkannt werden. Um allen Staaten die friedliche Nutzung zu ermöglichen, ohne selbst Uran anreichern zu müssen, habe Obama versprochen, eine zivile nukleare Kooperation in Form einer »Brennstoffbank« aufzubauen. Die Risiken der Proliferation könnten so minimiert werden. Amerika könne aber die Probleme in der Welt nicht alleine lösen. Aus diesem Grund habe Präsident Obama die Staatengemeinschaft zur Zusammenarbeit aufgefordert. »Diejenigen, die Amerika immer dafür kritisiert haben, dass es allein vorgegangen ist, können jetzt nicht tatenlos zusehen und darauf warten, dass Amerika die Probleme der Welt alleine löst.«

Die sicherheitspolitischen Initiativen des amerikanischen Präsidenten Obama bestimmten auch die folgende Panel-Diskus-

sion zum Thema: »Die Bedeutung der Abschreckung im zweiten nuklearen Zeitalter«, die General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann moderierte. In der bipolaren Welt des Kalten Krieges sei die Abschreckung ein Mittel gewesen, trotz gewaltiger Potenziale an Massenvernichtungswaffen die Menschen vor deren Wirkung zu schützen, so Naumann. Die Frage stelle sich nun, ob Abschreckung auch in einer Welt ohne festgefügte Weltordnung funktionieren könne und in einer Lage, in der auch nichtstaatliche Akteure in deren Besitz gelangen könnten.

Zunächst skizzierte Botschafter Peter Gottwald, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die neuen und sehr komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Nach einer relativ stabilen bipolaren Welt zu Zeiten des Kalten Krieges sehe sich die Welt heute vor allem den Gefahren der Proliferation, den Bedrohungen durch einen nuklearen Terrorismus und der Diskussion um den Bedarf an zusätzlicher Energie gegenüber. Im Kontext mit der Klimadiskussion und der damit verbundenen Ausweitung des zivilen Kernenergiebedarfs strebten immer mehr Staaten nach Kernenergie.

Auch unter den aktuellen Gegebenheiten bleibe Abschreckung ein Kernelement der Strategie, sie müsse aber neu durchdacht und weiterentwickelt werden. Die »Global Zero«-Perspektive lasse sich sicher nicht in absehbarer Zeit realisieren, sie bedeute aber einen Paradigmenwechsel und werde allein schon deshalb eine zentrale Rolle in der sicherheitspolitischen Diskussion spielen. Von einem zweiten nuklearen Zeitalter wollte Gottwald allerdings nicht sprechen; diese Bewertung bleibe den Historikern vorbehalten.

Nach Ansicht von Michael Rühle, Stellvertretender Leiter der Politischen Planungseinheit im Stab des NATO-Generalsekretärs, ist der Begriff »zweites nukleares Zeitalter« gut gewählt, denn er suggeriere zu Recht, dass viele Merkmale des »ersten« Nuklearzeitalters nicht mehr uneingeschränkt gültig seien. Und er mache deutlich, dass sich unser Denken über Abschreckung ändern müsse. Das zweite nukleare Zeitalter sei gekennzeichnet durch die größere Zahl an nuklearen



v.l.n.r.: Prof. Dr. Harald Müller, Botschafter Peter Gottwald, General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann, Botschafter Ramzy Ezzeldin Ramzy (Ägypten), Michael Rühle.
Fotos: Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Akteuren. Die Globalisierung ermögliche heute Staaten den Zugang zu Technologien, die ihnen im Kalten Krieg verwehrt waren. Hinzu komme, dass die weltweit wachsende Zahl an Kernkraftwerken sowie ökonomische Interessen die Nichtverbreitung weitgehend aushebelten. Die Zahl der Kernwaffenmächte würde dadurch zwangsläufig größer werden.

Daraus folge aber auch, so Rühle, dass Abschreckung weiterhin notwendig bleibe. Die gegenwärtige Debatte um die Zukunft der nuklearen Abschreckung sei lediglich eine Scheindebatte, gespeist aus dem Glauben an eine positive Vision einer nuklearwaffenfreien Welt und der damit einhergehenden Hilflosigkeit angesichts der Nuklearprogramme Irans und Nordkoreas und deren Konsequenzen für die internationale Nichtverbreitung. »Wer die nukleare Welt von heute und wohl auch von morgen zum Maßstab nimmt, für den bleibt die nukleare Abschreckung als einzig plausible Sicherheitsstrategie so lange unverzichtbar, bis die großen Konflikte der Staatenwelt überwunden sind und der Besitz von Nuklearwaffen überflüssig wird«, zeigte sich Rühle überzeugt.

Abschreckung bleibt notwendig...

Professor Dr. Harald Müller, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, hält im Gegensatz zu Rühle den Begriff »zweites nukleares Zeitalter« lediglich für ein Schlagwort, das zwar Wandel suggeriere, aber ein enormes Maß an Kontinuität verschleierte. Den Kampf zwischen Kernwaffenstaaten und »Habenichtsen« habe es schon immer gegeben. Wenn heute von der Erosion der Nichtverbreitung die

Rede sei, dann werde gerne die Tatsache verschwiegen, dass noch nie seit den fünfziger Jahren die Zahl der aktiven Kernwaffenprogramme so niedrig gewesen sei wie derzeit. Auch die Gefahr des nuklearen Terrorismus sei nicht neu und bereits seit 1962 ein Thema, als es um Sicherheitslücken bei der Lagerung amerikanischer taktischer Nuklearwaffen ging. »Ich vermag auch einer Logik nicht zu folgen, die sagt, wir sind in einem neuen Zeitalter, alles ändert sich, aber gleichzeitig müssen die Fundamente der nuklearen Abschreckung exakt so bleiben wie im ersten nuklearen Zeitalter. Wo ist die Logik?«, fragte Müller.

Die sicherheitspolitischen Bedingungen nach dem Wegfall einer starren Blockkonfrontation und verstärkten gemeinsamen Interessen der Großmächte mache ein neues Denken über Abrüstung erforderlich. Nukleare Abschreckung müsse so konzipiert und entwickelt werden, dass sie langfristig durch andere Stabilisierungsmaßnahmen ersetzt werden könne. Primär sieht Müller auf drei Abrüstungsebenen Handlungsbedarf: Zum einen müssten die zwischen den Großmächten bestehenden Abschreckungsverhältnisse weiterhin sorgfältig behandelt werden, damit sie nicht eskalierten. De facto spiele die Abschreckung aber unter den Großmächten nur noch die Rolle eines Stabilisierungselements unter mehreren. Die zunehmende ökonomische Interdependenz bestimme vielmehr zunehmend das Verhältnis der Großmächte. Des Weiteren komme der regionalen Abschreckung im Nahen Osten eine besondere Bedeutung zu. Die derzeit nicht lösbaren Konflikte in dieser Region gelte es »einzuhegen«, um sie später vielleicht lösen zu können. Und schließlich gehe es um die Abschreckung von Regelbrechern – mit

dem Risiko, diese nicht abschrecken zu können. Abschreckung müsse den Abrüstungsprozess flankieren und dürfe diesen nicht behindern. Der amerikanische Präsident habe dies verstanden und wisse, dass die Nichtverbreitung durch glaubwürdige eigene Abrüstungsschritte begleitet werden müsse.

...muss aber den neuen Bedingungen angepasst werden

Der ägyptische Botschafter in Berlin, Ramzy Ezzeldin Ramzy, betrachtete die Thematik aus der Perspektive des Nahen Ostens, aber auch aus der Sicht des ehemaligen Vertreters bei der IAEA in Wien. Die Debatte in der Vergangenheit um die Nichtverbreitung sei für ihn tief enttäuschend gewesen. Während man über die Nichtverbreitung verhandelt habe, sei man in den letzten 35 Jahren der Nichtverbreitung keinen Schritt näher gekommen, ganz im Gegenteil: »Eine nuklearwaffenfreie Welt war niemals weiter weg«. »Mit der Wahl Präsident Obamas gibt es nun einen Paradigmenwechsel. Ich hoffe, dass dieser uns dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt näher bringt. Auf dieses Ziel müssen wir gemeinsam hinarbeiten«, so Ramzy. Für den Nahen Osten bedeute dies, dass man eine neue Sicherheitsstruktur schaffen müsse, die die Asymmetrie aufhebe zwischen einem »nicht offiziellen Kernwaffenstaat und Staaten, die diese Waffen nicht besitzen«. Das richtige Instrument dazu sei die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in dieser Region, die für Europa und die NATO von größter strategischer Bedeutung sei, so der ägyptische Botschafter.

Obamas Vision ist richtig

In der anschließenden Diskussion stimmten die Experten darin überein, dass die Abschreckung in den Zeiten des Kalten Krieges mit seiner bipolaren Welt letztlich einen mit Massenvernichtungswaffen geführten Krieg erfolgreich verhindert habe. In einer Welt ohne klare Weltordnung und in einer Lage, in der auch nichtstaatliche Akteure diese Waffen erwerben und anwenden könnten, habe sich die Rolle der Abschreckung jedoch gewandelt. Zugleich würden aber auch die Grenzen der Abschreckung deutlich, da sie z.B. gegen Schurkenstaaten nur sehr bedingt wirke. Umso wichtiger sei es deshalb, die Proliferation wirksam einzuschränken. Das Ziel von Präsident Obama, alle Nuklearwaffen auf der Welt eines Tages abzuschaffen, sei grundsätzlich zu begrüßen. Selbst wenn die Welt im günstigsten Fall – sollte Obamas Vision Wirklichkeit werden – noch mehr als zwei Jahrzehnte mit Atomwaffen leben müsse, sei die Initiative begrüßens-

wert, so Naumann. »Obamas Vision einer Welt mit weniger oder eines Tages ohne Atomwaffen ist richtig. Ohne diese Vision wird immer der Vorwurf der »Habenichtse« bestehen bleiben, wir wollten den Atomwaffensperrvertrag als Zementierung der Vorrechte der Nuklearmächte interpretieren. Und das ist nichts weiter als ein Anreiz zur Proliferation«.

Über die Sicherheitslage in Ostasien sprach anschließend der japanische Botschafter, Dr. Takahiro Shinyo. »Die Sicherheit Europas und die Sicherheit Asiens sind untrennbar miteinander verknüpft und deshalb sind wir sehr am neuen strategischen Konzept der NATO interessiert«, so Shinyo. Deutschland und Japan seien Partner, die durch gemeinsame Werte eng verbunden seien. Zu diesen Werten zählten das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen sowie Wertvorstellungen in Bezug auf Sicherheit, ohne die Position einer militärischen Großmacht anzustreben. Der Verzicht Deutschlands und Japans auf Kernwaffen könne ihnen einen Wert als »Moral Power« in der Welt verleihen. Dem Vorbild dieser beiden Länder, nämlich einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten ohne Kernwaffen und ohne eine militärische Großmacht zu sein, könnten andere Staaten nacheifern.

Über das Thema »Massenvernichtungswaffen im Zeitalter des internationalen Terrorismus« sprachen anschließend Dr. Andreas Strub, Koordinator für Massenvernichtungswaffen beim Rat der Europäischen Union, sowie Professor Dr. Joachim Krause, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Strub ging in seinem Beitrag auf die Frage ein, mit welchen Maßnahmen die EU auf die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen in der Hand von Terroristen reagiere. Die EU sei gefordert, politische Akzente zu setzen. Dies versuche sie zu erreichen durch die Stärkung der Vereinten Nationen, das Prinzip der internationalen Kooperation und durch Prävention, d.h. den Kampf gegen jene Spannungen in der Welt, die den Terrorismus beförderten. Als Staatengemeinschaft, der sowohl Kernwaffenstaaten als auch solche Staaten angehörten, die explizit auf Kernwaffen verzichteten, könne die EU auf besondere Erfahrungen verweisen, wie divergierende Interessen politisch zusammengeführt werden könnten.

Wer von Terrorismus redet, meint den gewaltbereiten Islamismus

Krause ging danach näher auf den Zusammenhang zwischen politischem Extremismus und Kernwaffen ein. Wer heute von Terrorismus rede, meine vor allem jene Gefahren, die von einem gewaltbereiten Islamismus ausgehen könnten. Zum einen



v.l.n.r.: SE Dr. Takahiro Shinyo, H.E. Glyn Davies, Dr. Klaus Olshausen.

könnten islamistische Extremisten wie Al-Qaida versuchen, Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen in die Hand zu bekommen. Zum anderen – und dies sei die größere Gefahr – könnten Extremisten versuchen, die Kontrolle über ganze Staaten zu übernehmen, um so »Scharia-Staaten« zu schaffen. Diese wären dann in der Lage, mit ihren Kernwaffen eine aggressive Politik der regionalen oder globalen Expansion betreiben.

Um diesen Bedrohungen begegnen zu können, müsse die Frage der Abschreckung neu gestellt, aber auch nach Lösungsmöglichkeiten jenseits der atomaren Option gesucht werden. Einerseits könne der Westen angesichts der Kernwaffen im Iran und in Pakistan nicht auf Abschreckung verzichten. Andererseits gebe es aber auch die Überlegung, dass nur mit einem Verzicht auf Kernwaffen jene internationale Geschlossenheit erhalten werden könne, die notwendig sei, um bestehende Arsenale effektiv auszutrocknen. »Wir brauchen beides: eine systematische Politik der Risikominimierung, die auf internationale Kooperation und auf die Fortentwicklung nicht-nuklearer Optionen setzt, aber auch die robuste Form der Abschreckung gegen extremistische Politik. Darauf werden wir auch künftig nicht verzichten können«, ist Krause überzeugt.

Ein weiteres Panel, moderiert von Dr. Oliver Thränert, Stiftung Wissenschaft und Politik, beschäftigte sich mit der Bedrohung durch chemische, biologische und radiologische Waffen (CBR steht für: chemisch, biologisch, radiologisch). Über das Thema sprachen Botschafter Jacek Bylica, Head Weapons of Mass Destruction Centre NATO International Staff in Brüssel, Timothy Jones, Principal Advisor, Office of the Counter Terrorism Coordinator, Council of

the European Union und Dr. Iris Hunger, Leiterin der Forschungsstelle biologische Waffen und Rüstungskontrolle an der Universität Hamburg. Die Experten des Panels stimmten darin überein, dass die mit biologischen, chemischen und radiologischen (Stichwort: Schmutzige Bombe) Waffen verbundenen Gefahren nicht so deutlich wahrgenommen würden wie die Bedrohung durch Nuklearwaffen. Dennoch müssten die Risiken dieser Waffenkategorie hoch eingeschätzt werden, wie der Chemie-Anschlag der AUM-Sekte 1995 in Japan und die Milzbrandbriefe nach dem 11. September 2001 in den USA gezeigt hätten.

Botschafter Bylica wies aus Sicht der NATO auf die Notwendigkeit hin, eine breit angelegte Kommunikationsstrategie mit der Bevölkerung zu entwickeln. Auch müsse die Politik dafür sorgen, dass die vereinbarten Maßnahmen und Abkommen, die den Verlust von CBRN-Materialien in gefährdeten Ländern verhindern sollen, stringent überwacht und durchgeführt würden. Die NATO verfüge über gute Experten und Spezialisten für den Umgang mit CBRN-Gefährdungen. Unter anderem habe sie ein so genanntes »Center of Excellence« in der Tschechischen Republik zur Abwehr derartiger Gefährdungen aufgebaut. Ziel der Anstrengungen sei es, die Fähigkeiten zur (Früh-)Erkennung und Beurteilung von Gefährdungen, zur Warnung der Bevölkerung und zur Verhinderung von Anschlägen zu verstärken.

Die Europäische Union, so Timothy Jones, sei der Auffassung, dass terroristische Angriffe mit CBRN-Waffen letztlich nicht verhindert werden könnten, auch wenn Terroristen bislang eher Anschläge mit konventionellen Tatmitteln verübten. Deshalb folge die EU-Strategie das Ziel, Terroristen

die Durchführung von solchen Anschlägen zu erschweren, unter anderem indem man ihnen den Rückzug in »sichere Häfen« verweigere, beispielsweise in Afghanistan und Pakistan. Zum anderen verfolge man Programme zur Beobachtung und Überwachung entsprechender Aktivitäten islamistischer Gruppierungen.

Einig war sich das Panel insgesamt darin, dass Anschläge von eher kleinerem Ausmaß nicht verhindert werden könnten, dass aber ein Einsatz in größerem Umfang als Massenvernichtungswaffen eher unwahrscheinlich sei. Insgesamt resultierten die Gefahren der CBRN-Waffen deshalb auch nur zum Teil aus ihrer tatsächlichen Wirkung, viel gefährlicher könnten ihre möglichen psychologischen Auswirkungen sein. Schon die Androhung eines Einsatzes könne unabsehbare Folgen für die Bevölkerung, die Wirtschaft und das öffentliche Leben haben. Die Bedrohung dürfe insgesamt nicht verharmlost, aber auch nicht dramatisiert werden. Gleichwohl müssten Vorkehrungen getroffen werden, um im Falle eines solchen Einsatzes die Auswirkungen zu minimieren. Unabdingbar sei vor allem die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie mit dem Ziel, bei der Bevölkerung ein ausreichendes Risikobewusstsein zu wecken.

Bund und Länder auf CBRN-Lagen gut vorbereitet

Welche Folgerungen sich für die Politik aus den CBRN-Bedrohungen ergeben und welche Maßnahmen zur Prävention und Gefahrenabwehr notwendig sind, darüber referierte am zweiten Tag des Colloquiums Ministerialdirektor Dr. Manfred Schmidt, Leiter der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Inneren. Für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, für den Bund und Länder gemeinsam die Verantwortung tragen, komme es nicht so sehr darauf an, von welcher Quelle die Gefahr für die Bevölkerung ausgehe. Wichtig sei allein, dass im Notfall schnellstmöglich nach einem gesamtstaatlichen Plan gehandelt werden könne. CBRN-Lagen seien »sehr dynamische Lagen«, bei denen das Schadensausmaß wesentlich davon abhängt, ob die Gefahrenquelle und deren Ausbreitung schnell identifiziert und wirksame Gegenmaßnahmen eingeleitet würden.

Nach Einschätzung von Dr. Schmidt sind Bund und Länder auf CBRN-Lagen gut vorbereitet. Der Bund habe ein anspruchsvolles Ausstattungskonzept entwickelt, dessen Ziel es sei, den Katastrophenschutz der Länder auf diesem Gebiet flächendeckend zu unterstützen. Dazu zählten insbesondere die Ausstattung mit persönlichen Schutzausrüstungen für Einsatzkräfte, ABC-Erkundungskraftwagen

zur Detektion von Gefahrstoffen sowie Dekontaminationsfahrzeuge – von beiden Typen seien je 370 großräumig über die Bundesrepublik stationiert worden. Sieben Spezialeinheiten zur Analyse von Gefahrstoffen, so genannte »Analytische Task Forces«, seien an sieben Standorten bundesweit disloziert. Diese hoch spezialisierten mobilen Einsatzkräfte mit »herausragenden Fähigkeiten auf dem Gebiet der chemischen Analytik« könnten innerhalb kürzester Zeit Erstmaßnahmen einleiten und die Führung vor Ort übernehmen. Das Ausstattungskonzept sehe weiter die Aufstellung von ca. 60 »Medizinischen Task Forces« zur Versorgung Verletzter und Kontaminierter vor.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn arbeite derzeit an einem Rahmenkonzept für den zivilen CBRN-Schutz. Es soll die bisherigen Aktivitäten aller Ebenen zusammenführen und die gemeinsame Grundlage für alle Vorkehrungen von Bund, Ländern und Kommunen bei Prävention, Vorsorge und Bewältigung von CBRN-Gefahren- und Schadenslagen werden. Das Konzept werde die Grundlage für Führung und Einsatz, Personal und Ausbildung sowie die Ausstattung bilden. Darüber hinaus mache es auch Vorgaben für die Vorbereitung der Bevölkerung auf die neuen Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen der Risiko- und Krisenkommunikation sowie des psychosozialen Krisenmanagements. Auf diesen beiden Gebieten besteht nach Einschätzung von Dr. Schmidt – neben der Beseitigung noch vorhandener Schwächen bei der Abwehr biologischer Gefahren – Verbesserungsbedarf. Kommunikation sei für die öffentliche Sicherheit in einer Krisenlage von entscheidender Bedeutung; sie müsse sowohl präventiv, also im Vorfeld eines potentiellen Ereignisses (Risikokommunikation), erfolgen wie auch im Falle des Eintritts des Ereignisses (Krisenkommunikation) und müsse sich sowohl nach innen an die Akteure des Krisenmanagements als auch nach außen an die Bevölkerung richten. Die-

se Kommunikation müsse offensiv über Risiken und potentielle Gefahren informieren, damit jeder Bürger eigene Vorsorgemaßnahmen treffen, sich mit Selbstschutzmöglichkeiten vertraut machen und so Risiken ausweichen könne. Das BBK informiere mit dieser Zielsetzung schon jetzt die Bevölkerung im Rahmen der privaten Notfallvorsorge über das richtige Verhalten bei CBRN-Gefährdungen. Denn bei einem biologischen, chemischen oder radiologischen Angriff komme es entscheidend darauf an, dass die Menschen sich von den ersten Minuten an richtig verhielten.

Breiter politischer Konsens bei Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr

Dass das Thema Gefahrenabwehr und Prävention in der Politik angekommen ist, wurde in der abschließenden politischen Diskussion von Mitgliedern des Deutschen Bundestages deutlich, die Prof. Dr. Johannes Varwick von der Universität Erlangen-Nürnberg moderierte. Die Mitglieder des Bundestages Clemens Binnerger (Innenausschuss, CDU), Omid Nouripour, (Verteidigungsausschuss, B90/Grüne) sowie Uta Zapf, (Auswärtiger Ausschuss, SPD) stimmten darin überein, dass Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr ein Gebot der Stunde seien; das Thema dürfe deshalb auch kein parteipolitisches Streitthema werden. Auch durch diese Panel-Runde zog sich wie ein roter Faden die Forderung hin, dass Politik und Administration offener mit der Bevölkerung über die Gefährdungen durch CBRN-Mittel kommunizieren müssten; bisher geschehe das eher zu zurückhaltend.

Trotz dieses immer wieder betonten Konsenses im Grundsätzlichen waren die Positionen der Politiker in Detailfragen doch zum Teil deutlich unterschiedlich, zum Beispiel in der Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Innern in einer Katastrophensituation. So hält MdB Binnerger (CDU) auf Grund der durch die Terrorismusbedro-



v.l.n.r.: Omid Nouripour, MdB Die Grünen, Prof. Dr. Johannes Varwick, Clemens Binnerger, MdB CDU, Uta Zapf, MdB SPD, Dr. Manfred Schmidt, Bundesministerium des Inneren.

hung geänderten Sicherheitslage im Inneren eine »maßvolle Erweiterung« des Artikels 35 des Grundgesetzes für notwendig, zum Beispiel damit die Deutsche Marine von See aus die Gefährdung deutscher Containerhäfen verhindern könne. Omid Nouripour (B90/Grüne) hält zwar die Hilfe der Bundeswehr im Innern in Katastrophenfällen ebenfalls für notwendig – wie alle Diskutanten, eine Gesetzesänderung sei dafür aber nicht erforderlich. Unterschiedliche Einschätzungen bestanden auch darüber, ob die föderale Zuständigkeitsaufteilung im Katastrophenschutz zwischen Bund und Ländern die Bewältigung einer Gefahrenlage möglicherweise erschwere.

Neues Strategisches Konzept der NATO: behutsame Fortschreibung

Zum Schluss des Colloquiums sprach Botschafter Ulrich Brandenburg, scheidender Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikat, zum Thema »Zur Lage der NATO – Afghanistan und die Folgen«. Brandenburg verwies zunächst darauf, dass sich die Allianz beim nächsten Gipfeltreffen im November dieses Jahres ein neues Strategisches Konzept geben werde. Im Bündnis fänden viele das geltende Strategische Konzept von 1999 zwar »noch immer erstaunlich aktuell«, und auch er habe in den letzten Jahren immer wieder davor gewarnt, sich »leichtfertig« auf die Formulierung eines neuen Strategischen Konzepts einzulassen. Denn die NATO habe 2002/2003 wegen des Irak-Krieges eine »tiefe Spaltung erlebt«. Auch in der Frage einer NATO-Erweiterung um Georgien und damit verbunden dem Verhältnis zu Russland hätten deutlich unterschiedliche Positionen unter den Bündnispartner bestanden. Botschafter Brandenburg weiter: »Hätten wir damals mit einem neuen Strategischen Konzept angefangen, so wären wir nicht weit gekommen«. Heute allerdings sieht er die Chancen auf einen Konsens für »eine behutsame« Weiterentwicklung des Strategischen Konzepts besser als noch vor einigen Jahren. Da das Strategische Konzept »kein unverbindliches« politisches Dokument sei, müssten sich alle Verbündeten damit identifizieren können und es für die eigene Verteidigungsplanung umsetzen. Nach seiner Prognose werde sich in dem neuen Konzept das »Gleichgewicht von Erwartungen und Aufgaben« im Vergleich mit

dem seit elf Jahren bestehenden derzeitigen Konzept nicht wesentlich verändern. Es gehe bei der Neuformulierung vor allem um eine »glaubhafte Unterfütterung der Artikel 5-Garantie«; das schließe die Fähigkeit zur Abschreckung und zur Territorialverteidigung ebenso ein wie zum Schutz der NATO-Interessen am Hinduskus.

Afghanistan bezeichnete Brandenburg als derzeit größte operative Herausforderung für das Bündnis. Die NATO-Streitkräfte befänden sich dort »in einem komplexen Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozess, der besondere Anforderungen an das Militär« stelle. Politisch hänge von einem Erfolg der Operation viel ab. Das Bündnis sehe sich aber auch vor weiteren Sicherheitsherausforderungen wie Proliferation, Terrorismus, lokalen Konflikten und unterschiedlichen Spannungen beim Thema europäische Sicherheit. Die Rolle der USA im Bündnis sei durch ihr »gewaltiges Engagement in Afghanistan« noch wichtiger geworden. Die US-Administration sei bereit, sich mit den Europäern zu konsultieren und nutze dazu die NATO. »Ich hoffe und wünsche, dass diese Funktion des Bündnisses



Botschafter Ulrich Brandenburg, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikat.

künftig von den Europäern wieder ernst genommen und besser genutzt wird«, so Brandenburg am Schluss seines Vortrags.

Mit dem Dank an alle Teilnehmer, Vortragende und Organisatoren – allen voran die Bundesakademie für Sicherheitspolitik – schloss der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Dr. Olshausen, das Berliner Colloquium 2010. ■

Werner Baach, Oberst a.D. und Journalist, war im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft bis Ende September 2009 für die Informationsarbeit verantwortlich. Oberst a.D. **Wolfgang Fett** ist seit dem 1. September 2009 mit der Wahrnehmung der Informationsarbeit der Clausewitz-Gesellschaft beauftragt.